

nes eingesetzt wird. Ich sehe gerade unter den oft noch auf dem Lande nicht voll ausgenutzten Umsiedlern, insbesondere den Frauen, eine große Möglichkeit, diese Arbeitskräfte entsprechend ihren Fähigkeiten im Interesse unserer Wirtschaft einzusetzen.

Das Landesarbeitsamt Mecklenburg führte im IV. Quartal 1949 zur Beschaffung von neuen Arbeitsstellen 338 Betriebsbegehungen durch und konnte hierbei 774 neue Arbeitsplätze ausfindig machen. Im ersten Quartal 1950 erbrachten jia Betriebsbegehungen 1103 Arbeitsplätze. Wenn man bedenkt, daß diese Arbeitsplätze in erster Linie von Umsiedlern besetzt werden und diese Betriebsbegehungen laufend durchgeführt werden, kommen wir damit dem Ziel „Jedem arbeitsfähigen Umsiedler einen entsprechenden Arbeitsplatz“ wesentlich näher.

Wenn wir heute bei uns von einem Umsiedlerproblem nicht mehr sprechen können und unsere Umsiedler gleichberechtigt in Staat, Wirtschaft und Verwaltung wirken, so müssen wir dennodi alles tun, um den Verschmelzungsprozeß zwischen Umsiedlern und Alteingesessenen zu Ende zu führen. Um so fester und geschlossener wird unsere Nationale Front des demokratischen Deutschland werden und um so eher werden die Umsiedler in Westdeutschland erkennen, daß sie für volksfremde Ziele mißbraucht werden. Die Wahlen im Oktober werden zeigen, daß unsere Politik der Lösung der Umsiedlerfrage, die mit so großen Erfolgen durchgeführt wird, die richtige war. (Beifall.)

Vorsitzender L o h a g e n : Die Genossin Elli Schmidt hat das Wort.

Elli Schmidt (Berlin): Genossinnen und Genossen! Als eine der nächsten Aufgaben im Kampf um den Frieden wird in der Entschliebung des III. Parteitages die allseitige Festigung und Stärkung der Front der Friedensanhänger gestellt. Es wird betont, daß diese Aufgabe besonders für Deutschland von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Unsere Pflicht ist es daher, auf dem III. Parteitag darüber zu sprechen, wo es noch besondere Schwächen in unserer Arbeit zur Gewinnung der Mehrheit unseres deutschen Volkes für den Friedenskampf gibt.

Es ist uns noch keineswegs gelungen, die Mehrheit unserer Bevölkerung auch in der Deutschen Demokratischen Republik in den aktiven Friedenskampf einzureihen. Gewiß haben in der Deutschen Demokratischen Republik über 17 Millionen Menschen ihre Unterschrift zur Ächtung der Atomwaffe geleistet; aber es war zweifellos ein Feh-